tages gibt, davon kein Wort. Er treibt die Demagogie sogar so weit, von den „Riesengewinnen der Industriellen in der Ruhraktion" zu reden, ohne die Bewilligung der 750 Millionen Mark für die Ruhrindustriellen durch ihren Koalitionskanzler Marx auch nur zu erwähnen. Diese Leute spekulieren auf das schlechte Gedächtnis der Arbeiter und nehmen gleichzeitig denen, die die dringend notwendige Auffrischung des Gedächtnisses besorgen wollen, den Kollegen der Opposition, durch die Ablehnung der Diskussion die Möglichkeit, die Frage vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes aus eindeutig zu stellen.

So war die Entschließung, die der Versammlung vorgelegt wurde, und die außer nichts sagenden allgemeinen Sätzen als einziges positives eine Hetze gegen die Kommunistische Partei enthielt, nur die Krönung des Ganzen. So sieht die „Einheitlichkeit der Bewegung" in der reformistischen Praxis aus, um derentwillen man den Metallarbeiterfunktionären verwehrt, über den ihre Lebensinteressen berührenden Riesenkampf an Rhein und Ruhr zu diskutieren.

Die Dresdner Metallarbeiter haben alle Ursache, in ihren Betrieben das nachzuholen, was durch die Taktik ihrer Verbandsführung in der Funktionärkonferenz verhindert wurde. Sie müssen aber auch den politischen Sinn dieses Manövers der Föller und Genossen durchschauen. Wieder einmal zeigt sich das Spiel mit verteilten Rollen, das rechte und „linke" sozialdemokratische Führer spielen. Während die Rechten trotz des Zusammenbruches ihrer Theorie über Wirtschaftsdemokratie und „Volksstaat" krampfhaft versuchen, auch jetzt noch diese Theorie zu verteidigen und die Arbeiter damit vom Kampf abzuhalten, schweigen die „Linken", wenn die Stimmung der Arbeiter es verlangt, diese offen reformistischen Theorien tot, um mit ein paar radikalen Phrasen verbrämt um so schärfer den Kampf gegen die Opposition und die Kommunistische Partei zu führen. Die Rollen in diesem Spiel werden hier und da vertauscht. So hat auch die „linke" Dresdner Volkszeitung den Vorwärts-Schwindel vom „Kampf der Unternehmer gegen den Staat" getreulich mitgemacht und sogar offen zum Rausschmiß der Opposition aus den Gewerkschaften aufgerufen. Wenn sie nachher ebenso wie Föller in der DMV-Versammlung sich wohl hütete, die Frage des Staates, wie wir sie grundsätzlich gestellt haben, auch nur zu berühren, dann wissen diese „Linken" genau warum.

Es gibt keinen besseren Anschauungsunterricht für die Richtigkeit der von der Kommunistischen Partei und der Opposition vertretenen marxistischen Auffassung vom Staat, (auch und gerade von einem sozialdemokratisch regierten) als Machtinstrument der Unternehmer gegen die Arbeiterklasse als der gegenwärtige Kampf an Rhein und Ruhr. Dieser Kampf hat das Gebäude der Reformisten, dessen Säulen die Wirtschaftsdemokratie und die Koalitionspolitik sind, in einem jämmerlichen Trümmerhaufen verwandelt. Die Föller und Genossen wissen das so gut wie wir. Aber sie wissen, daß, wenn diese Erkenntnis Gemeingut der Arbeiterklasse wird, das den Tod des Reformismus überhaupt bedeuten würde. Darum diese Beruhigungsmanöver, darum aber auch die schlotternde Angst vor einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Opposition. Es wird ihnen nichts helfen. Die harte Sprache der Tatsachen wird der Arbeiterschaft die Ohren öffnen für das, was auf Grund einer verlogenen Kommunistenhetze in der Funktionärkonferenz des DMV noch unterdrückt werden konnte, was aber in den nächsten Wochen und Monaten mit deutlicher Klarheit jedem klassenbewußten Arbeiter aus Erfahrung an seinem eigenem Leibe bewußt werden muß.

Ihre Front, die Front der Reformisten, steht gegen die Opposition und gegen die revolutionäre Arbeiterschaft an der Seite der Koalitionsregierung, die die Regierung des Trustkapitals ist und damit an der Seite der Unternehmer.

Unsere Front ist diese: Klasse gegen Klasse, Proletariat gegen das Unternehmertum, samt seinem staatlichen Unterdrückungsapparat und samt denen, die seinen kapitalistischen Charakter verschleiern, sei es durch rechte, sei es durch „linke" reformistische Manöver.

Der Ruhrkampf vor dem Reichstag

Wissell gegen die Ausgesperrten / Kommunistische Abrechnung

Mehr als 200 000 Arbeiter am Rhein und Ruhr sind von dem Unternehmertum auf die Straße geworfen. Seit Wochen führen die ausgesperrten Hüttenarbeiter einen heldenmütigen und entschlossenen Kampf gegen das Unternehmertum, mit dem sich Staat und Gewerkschaftsbureaukratie zu einem geschlossenen Dreibund vereinigt haben. Im selben Augenblick, da der Reichstag zusammentritt, um zu dem Ruhrkampf Stellung zu nehmen, wird bekannt, daß das Duisburger Arbeitsgericht durch einen Gerichtsbeschluß festgestellt hat, daß ein Tarifvertrag auf Grund des verbindlich erklärten Schiedsspruches vom 26. Oktober nicht besteht. Durch diesen Beschluß ist die Rechtslage, um die sich die Gewerkschaftsführer und der Reichsarbeitsminister Wissell noch immer den Kopf zerbrechen, entsprechend den Forderungen der Unternehmer entschieden.

Was hat die Koalitionsregierung mit dem Sozialdemokraten Hermann Müller als Kanzler und dem Gewerkschaftsführer Wissell als Arbeitsminister zu der unerhörten Provokation des Unternehmertums, zu dem heldenmütigen Kampfe der Ruhrarbeiter und deren Forderungen und zu der Klärung der Rechtslage durch das Duisburger Arbeitsgericht zu sagen?

Die Rede des Reichsarbeitsministers Wissell war ein jämmerliches Gestammel, ein beharrliches Vorbeireden an den Fragen, die für die kämpfenden Ruhrarbeiter und für die gesamte deutsche Arbeiterschaft von größter und aktuellster Bedeutung sind. Wissell beschränkte sich auf eine Darstellung der Entwicklung des Kampfes, der Erörterung der sogenannten Rechtslage. Sobald Wissell über den Rahmen dieser Dinge hinausging, machte er sich den Standpunkt des Unternehmertums restlos zu eigen. Er rühmte sich selbst als den „Mann des friedlichen Ausgleichs" und sprach sein Bedauern darüber aus, daß es ihm trotz weitestgehendem Entgegenkommen nicht gelungen sei, den „Arbeitsfrieden" im Industriegebiet wieder herzustellen. Gegen den verbrecherischen Aussperrungsbeschluß und seine Durchführung fand der sozialdemokratische Arbeitsminister kein Wort der Kritik. Er gab lediglich den Unternehmern die Weisung, daß sie ihr Ziel auch auf anderem Wege hätten erreichen können. Soweit Wissell in seiner Erklärung zu den von der kommunistischen Fraktion gestellten Unterstützungsanträgen Stellung nahm, kam er zu der Feststellung, daß auf Grund der Rechtslage und der bestehenden Gesetze die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung an die ausgesperrten Ruhrarbeiter nicht in Frage komme. Als „Trost" für die hungernden Hüttenarbeiter und ihre Familien gab er die Versicherung, daß sich die Reichsregierung mit der preußischen Staatsregierung „verständigen" werde, um nach „Maßgabe der Dinge" helfend einzugreifen.

In der Stellungnahme des Reichsarbeitsministers Wissell zu dem Urteil des Duisburger Arbeitsgerichts kam die ganze Verlogenheit der sozialdemokratischen Koalitionspolitik erneut zum Ausdruck. Derselbe Wissell, der zuvor mit großem Pathos nachzuweisen versuchte, daß nach seiner Auffassung der von ihm verbindlich erklärte Schiedsspruch zu Recht bestehe, fand gegen dieses Urteil, das die Verbindlichkeitserklärung praktisch aufhebt, kein Wort des Protestes, sondern beschränkte sich lediglich auf die Erklärung, daß jetzt das Reichsarbeitsgericht zu entscheiden habe und daß er sich bis dahin einer Stellungnahme enthalten müsse.

Die von Wissell im Auftrage der Koalitionsregierung abgegebene Erklärung zum Ruhrkampf hat noch einmal mit allerdeutlichkeit bestätigt, daß der Staat in diesem Kampfe auf der Seite des Unternehmertums steht, daß die Regierung und insbesondere die sozialdemokratischen Minister nichts anderes als Werkzeuge der Unternehmerorganisationen sind.

Wissell zeigte als einzigen Ausweg Kompromiß zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Interesse der Beruhigung des Industriegebiets, im Interesse des gesamten Wirtschaftsfriedens. Einen Ausweg, der den Kapitalisten neue Profite sichert und der Arbeiterschaft neue unerträgliche Lasten aufzwingt. Diesem kapitalistischen Ausweg der Koalitionsregierung und ihres sozialdemokratischen Arbeitsministers, der auch das Ziel der reformistischen Gewerkschaftsführer ist, stellte Genosse Florin als Sprecher der Kommunistischen Partei den proletarischen Ausweg gegenüber.

Genosse Florin

stellt zunächst fest, daß in dem Kampf der Nordwestgruppe nicht eine Rechtsfrage, sondern eine politische Machtfrage zum Ausdruck kommt. Er schildert die ungeheuerlichen Gewinne der Ruhrindustriellen, die Steigerung der Produktion auf Kosten der Arbeiter in der Form eines ungeheuren Antreibersystems, der Senkung des Reallohnes und der Steigerung der Unfallziffern, und bezeichnet es als einen Schwindel, wenn die Unternehmer behaupten, daß sie nicht in der Lage seien, höhere Löhne zu zahlen.

Genosse Florin erbrachte dann den Nachweis, daß es ein offener Betrug ist, davon zu sprechen, daß die Unternehmer den Staat, wie die SPD behauptet, angegriffen haben. Sozialdemokratische Polizeipräsidenten sind es ja, die gegen die kämpfenden Arbeiter vorgehen. Auch die Behauptung, daß ein Angriff auf das Schlichtungswesen von Unternehmerseite durch die Aussperrung erfolgte, ist verlogen, denn in der Aussperrung liegt in Wirklichkeit die Absicht der Kapitalisten, nicht das Schlichtungswesen an sich zu bekämpfen, sondern es zu revidieren im Sinne der Verschärfung der Schlichtungsguillotine des kapitalistischen Staates. Genosse Florin zeigt den **einzig möglichen Ausweg aus der Situation. Die von den Kommunisten eingebrachten Anträge müssen durch eine außerparlamentarische Klassenfront unterstützt werden. Die Arbeiter dürfen sich nicht mehr einlullen lassen durch die Vertröstungen auf den Rechtsweg. Der Kampf muß auf die übrigen Industriegruppen erweitert werden. Aus den Betrieben heraus muß sich so eine einheitliche Front gegen das Trustkapital bilden. Die Arbeiter der Nordwestgruppen halten an ihren Forderungen unbedingt fest. Sie werden ihren Kampf verschärfen dadurch, daß sie die Arbeiter der übrigen Industrie mit hineinziehen in den großen Kampf. Sie werden zur Verstärkung des Kampfes die Notstandsarbeiten einstellen. So wird in einer einheitlichen Front von unten Einbezug auch der unorganisierten Arbeiter gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsführer eine gewaltige Offensivfront entstehen, die allein den Sieg bringen kann.**

Nach dem Gen. Florin sprach noch der Führer der christlichen Gewerkschaften, Stegerwald. Er hielt eine im höchsten Grade demagogische Rede, um offensichtlich gegenüber den christlichen Arbeitern die Wahlniederlage des Zentrums wettzumachen. Er sprach von den schlechten Löhnen und den schwierigen Arbeitsbedingungen, und mußte sich durch kommunistische Zwischenrufe überzeugen lassen, daß die dem Zentrum angehörenden Unternehmer für diese Zustände die Hauptverantwortung tragen.

Den Wortlaut der Rede des Gen. Florin und der Erklärung Wissells bringen wir in unserer morgigen Nummer.

Helft am Werk der proletarischen Solidarität!

Spendet für die Kämpfenden und Gemaßregelten auf Listen der IAH!

1. Sammelquittung:

Arbeitsgebiet Weißeritztal-Höckendorf	30,—	RM
Hochzeit Kleinnaundorf	5,—	„
Zelle Seckwerk	10,—	„
Revolutionsfeier in den Blumensälen	21,30	„
Revolutionsfeier des Arbeitsgebietes Stetzsch-Cossebaude	13,25	„
Revolutionsfeier in den Annensälen	17,20	„
Ungenannt	5,—	„
zusammen	101,55	RM

Berlin solidarisch mit dem Ruhrproletariat

Gestern abend dokumentierte die Berliner Arbeiterschaft von neuem ihre unverbrüchliche **Solidarität mit ihren ausgesperrten Klassengenossen des Ruhrgebiets.** Die überfüllte, von der Kommunistischen Partei einberufene Massenversammlung in den Pharussälen nahm einen glänzenden Verlauf. Die Empörung der Massen steigerte sich bis zur Siedehitze, als die Versammelten den Urteilsspruch des Duisburger Amtsgerichts erfuhren und weiter hörten, welchen Eiertanz der sozialdemokratische Arbeitsminister Wissell im Reichstag aufgeführt hat. Einstimmige Annahme fand eine Resolution, die jeden Berliner Arbeiter verpflichtet, einen Stundenlohn für die Ausgesperrten zu opfern.

Vorbereitung auf die „Schicksalswende"

Volkspartei für „feste" Koalition

Die Nationalliberale Korrespondenz schreibt:

„Deutschland steht an einer Schicksalswende und bedarf einer großen, sich ihrer entscheidenden Aufgaben voll bewußten Regierung. Es genügt nicht, daß die Entschlüsse dieser Regierung von einigen Parteien getragen werden, hinter dieser Regierung muß die Autorität einer Koalition stehen, die sich auf eine unbedingt **feste Mehrheit im Parlament und im deutschen Volke stützen kann.** Damit ist die Zahl der kommenden Koalitionsverhandlungen, sachlich gesehen, mindestens ebenso bestimmt wie durch den Ausfall der Wahlen. Eine Minderheitsregierung kann uns nicht helfen. Wir bedürfen einer entschlußfähigen Mehrheitsregierung, einer starken und verantwortungsbewußten Regierung! Wenn der deutsche Parlamentarismus sie nicht schaffen kann, verdient er jede Kritik, die an ihm geübt wird!"

Diese offenherzige Erklärung sagt:

Erstens: „Deutschland steht an einer Schicksalswende", oder mit anderen Worten: der deutsche Imperialismus bereitet fieberhaft die verstärkte Offensive gegen die Arbeiterklasse und den Krieg vor!

Zweitens: dazu braucht man eine feste Mehrheit im „Volk" und im Parlament. Das heißt, die „Schicksalswende" wird mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie vorbereitet, die Hugenberg-Stahlhelm-Methoden erscheinen gegenwärtig nicht geeignet.

Drittens: Die „Mehrheitsregierung" muß sich auf die Mehrheit der Wahl vom 20. Mai, das heißt auf die Koalition mit der SPD, stützen! Das heißt: Vorwärts auf der Panzerkreuzerlinie, vorwärts auf der Linie des Schlichtungsschwindels, vorwärts auf der Linie des tausendfältigen Verrats der SPD- und der ADGB-Führung. Die Erklärung bedeutet gleichzeitig, daß die Koalitionsverhandlungen weit fortgeschritten sind. Schon dieser Tage wird sich Herr Hermann Müller, in allen Punkten mit Stresemann, Goldschmidt einig, dem Reichstag vorstellen.

„Oekonomische Front" gegen die Sowjetunion

Die **Antisowjetkampagne in Holland** hat einen neuen Anstoß erhalten. Das Amsterdamer Tageblatt De Telegraf, das holländische Organ des britischen Petroleum-Magnaten Deterding, zugleich das schärfste Hetzorgan in Holland gegen die Sowjetunion, hat aus Anlaß des Zusammenschlusses der russischen Kreditoren Frankreichs, Englands, Deutschlands, Belgiens, Hollands, Dänemarks und der Schweiz eine neue Kampagne gegen die Sowjetunion eröffnet. Es begrüßt diesen Versuch einer **„ökonomischen Einheitsfront" gegen die Sowjetunion.** Gleichzeitig teilt es mit, daß die Unterhandlungen des Petroleumtrusts mit dem russischen Naphthasyndikat, an dessen Weigerung, die früheren Eigentümer zu entschädigen, gescheitert sind. Es fordert alle Regierungen auf, einen Druck auf die Sowjetregierung auszuüben, um die Entschädigung der früheren Eigentümer der Petroleumquellen zu erreichen. **Das wäre zugleich ein wichtiger Schritt, um die Entschädigung aller von der Sowjetunion Expropriierten in die Wege zu leiten.**

Die sächsischen Hüttenarbeiter erneut vor der Entscheidung

Der im November 1927 gefällte und im Januar 1928 für verbindlich erklärte Schiedsspruch für die sächsische Hüttenindustrie ist vom Reichsarbeitsgericht für rechtsgültig erklärt worden. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, beabsichtigt die Direktion der Mitteldeutschen Stahlwerke, von ihren Belegschaften zu fordern, daß ab Sonntag, den 18. November nach der im Schiedsspruch vorgesehenen Arbeitszeit zu verfahren ist. Das bedeutet, daß an Sonntagen bereits 19 Uhr die erste Charge steigen soll und die Arbeiter somit bereits am Sonntag mittag die Arbeit aufnehmen müssen. Hinzu kommt noch, daß laut dieses Schiedsspruches in den Kaltbetrieben die 57stündige Arbeitswoche festgesetzt ist und am 1. Januar 1929 in Kraft tritt.

Die sächsischen Gewerkschaftsführer hatten bekanntlich gegen die damalige Entscheidung in der Arbeitszeitfrage Klage beim Reichsarbeitsgericht erhoben. Mit diesem Urteil wird die Frage der Arbeitszeit vor den sächsischen Hüttenarbeitern erneut auf die Tagesordnung gestellt. Die Mitteldeutschen Stahlwerke nutzen jetzt dieses Urteil aus und glauben im Bunde mit den rheinischen Stahlkönigen, auch in den sächsischen Hüttenwerken erneute Verschlechterungen in der Arbeitszeit durchsetzen zu können. Jetzt liegen die Dinge so, daß die Sonntagsschicht im Stahlwerk erst um 19 Uhr beginnt.

Nach den Plänen, die jetzt vom Mitteldeutschen Stahltrust durchgeführt werden sollen, würde die Arbeitszeit am Sonntag bereits gegen Mittag beginnen. Das aber würde bedeuten, daß den Arbeitern in den Stahlwerken jeglicher freie Sonntag genommen würde.

Die Belegschaften, insbesondere die Arbeiter der Sächsischen Gußstahlhütte, müssen sofort in Betriebsversammlungen zu dieser Frage Stellung nehmen. Die Forderung der Hüttenarbeiter muß sein: 48-Stunden-Woche, dreiteilige Schicht in allen Abteilungen der Hüttenbetriebe, in denen bisher noch zweiteilig gearbeitet wurde. Dieses Ziel aber wird nur erkämpft werden können, wenn die sächsischen Hüttenarbeiter engste Verbindung und praktische Solidarität mit ihren Kollegen an der Ruhr üben.

Arbeitszeit- und Lohnkampf auch im unteren Kreis Solingen

Die Metallarbeiterverbände haben den Rahmentarif und das Lohnabkommen für den unteren Kreis Solingen zum 30. November gekündigt. Die Gewerkschaften haben folgende Forderungen gestellt:

Einführung der täglichen achtstündigen Arbeitzeit mit entsprechendem Lohnausgleich.

Der Ecklohn des Facharbeitern über 22 Jahre ist von 80 auf 90 Pfennig zu erhöhen.

Erhöhung des Akkord-Mindestverdienstes auf den Tariflohn von 15 bzw. 25 Prozent.

Eine besondere Zulage von 10 Prozent für die Arbeiter der Schwerindustrie, Gießerei-Hilfsarbeiter, schmutzige und gesundheitsschädliche Arbeit, und Feuerarbeiter außerhalb der Schwerindustrie.

Volle Bezahlung der Fortbildungsschulstunden.

Diese Forderungen sind angesichts der elenden Lage der Metallarbeiter, der Teuerung und der durch die Rationalisierung vergrößerten Ausbeutung das mindeste, was zu erkämpfen ist. Es gilt schon jetzt in allen Betrieben des unteren Kreises Solingen, alle Vorbereitungen zum Kampfe zu treffen und sich vorzubereiten, daß jedes Eingreifen des Schlichters und jedes faule Kompromiß abzulehnen ist.

Briefe von Ausgesperrten

Essen, den 9. November 1928.

An das Sekretariat der IAH.

Werte Genossen!

Gerade heute, am Geburtstage der deutschen demokratischen Republik, haben wir Ausgesperrten die Fürsorge des Staates für seine werktätigen Bürger so richtig kennen gelernt. Wären wir nur auf die Fürsorge des Staates und seiner „Stützen" angewiesen, so könnten wir uns getrost schon jetzt nach einem Platz auf dem Friedhof umsehen. Glücklicherweise gibt es aber noch eine andere „Fürsorge", die aktive Hilfe der IAH. Ich und meine Frau möchten Euch unseren herzlichen Dank für die Mittagessen aussprechen, die Ihr uns zugeteilt habt, obwohl wir nicht organisiert sind. (Nicht politisch und auch nicht bei der IAH.) Wenn die Aussperrung vorbei ist, wollen wir Euch gerne in Eurem Werk unterstützen. Hoffentlich wird der Kampf nicht früher abgebrochen, bevor nicht unser Erfolg feststeht.

Mit proletarischem Gruß P. G., Essen."

Bochum, den 9. November 1928.

„Werte Freunde!

Da ich als Unorganisierter keine Unterstützung bezog, kam mir die Suppenverteilung der IAH ganz besonders zu Hilfe. Ich habe drei Kinder und meine Frau erwartet ihr viertes. **Daß die Kinder jetzt von der IAH regelmäßig Essen bekommen, nimmt mir eine große Sorge ab.**

Ich spreche hiermit allen Freunden von der IAH meinen Dank aus.

Mit proletarischem Gruß

Wilhelm Kolbe."

Unterstützt die Sammelaktion!

Fordert Listen vom IAH-Bureau, Güterbahnhofstraße 24, an!

SLUB
Wir führen Wissen.